

BUND DER KOMMUNIST:INNEN

Stellungnahme zum antideutschen Denunziantentum gegen unsere Organisation

*Stellungnahme des Bund der Kommunist:innen (BdK) zum Versuch der Verhinderung
unserer Veranstaltung am 16.08.2024*

Liebe Freundinnen und Freunde,
die Handlanger der deutschen Staatsräson haben mal wieder zugeschlagen. Ursprünglich hätte unsere Veranstaltung zu „Guerilla im Wandel der Zeit“ anlässlich des 40. Jahrestags des Beginns des bewaffneten Kampfes in Kurdistan am 16.08 in Räumlichkeiten auf dem Berliner Dragoner-Areal stattfinden sollen. Das wurde allerdings kurz vorher beschossen, mit der mächtigsten Waffe, die den selbsternannten Freunden genozidaler Vernichtungspolitik im Mittleren Osten hierzulande zur Verfügung steht: Der E-Mail.

Es ging ein Briefchen der „Sozialarbeitenden gegen Antisemitismus“ ein, einem illustren Zusammenschluss von Dozent:innen und Studierenden der Sozialen Arbeit, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Linke und Migrant:innen zu denunzieren. Die Gruppierung, [zu deren ruhmvollen Taten die durch Denunziation erreichte Schließung von Mädchenzentren in Kreuzberg und Friedrichshain zählt](#), verfasste eine empörte Email an den Kiezraum des Dragoner-Areals, sowie den „sehr geehrten Herrn Wegner als Bürgermeister von Berlin“.

Inhalt des Schreibens: Im Kiezraum sehe man dringenden Handlungsbedarf, da „antizionistisch-antisemitische Akteur:innen“ sich hinterhältiger Weise eingeschmuggelt haben. Dazu zählen dann alle möglichen Organisationen, von Migrantifa über die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost bis eben zu uns und unserer Jugendorganisation.

Die Email selbst ist ein wenig zu langweilig, um auf den Inhalt einzugehen: Er besteht in der nimmermüden Wiederholung des alten Sermons, dass alle Antisemiten sind, die nicht bedingungslos und ohne Zögern jedes israelische Verbrechen schönreden, möge es noch so blutig sein. Dass sich das Abspulen dieses einstudierten Rituals dann ausgerechnet an einer Kurdistan-Veranstaltung entzündet, mag man skurril finden, aber am Ende sind Semesterferien und da muss man wohl das Sommerloch füllen. In unserem konkreten Fall lautet dann einer der „Vorwürfe“ noch, wir würden Stadtteilläden für einen „roten Aufbauprozess“ nutzen – was wir anerkanntermaßen tun und bei dieser Gelegenheit auch jedem anderen, der an der Befreiung des Proletariats sowie der Menschheit (ja, sogar auch der Sozialarbeitenden) insgesamt ein Interesse hat, nahelegen würden.

Interessanter ist, was das für eine Art Politikverständnis ist, das diesen „Sozialarbeitenden gegen Antisemitismus“ vorschwebt. Denn offenkundig dürfte diesen Leuten richtigerweise bewusst sein, dass ihnen zwei Wege zur Beförderung ihrer kruden Ideen in der heutigen Linken Berlins weitgehend

verschlossen sind: Sie können mit Argumenten kaum jemanden überzeugen, schlichtweg weil selbst in einer ideologisch ansonsten nicht sehr gefestigten Bewegung den meisten aus banaler Menschlichkeit das Rechtfertigen von Genoziden, Vergewaltigung von Gefangenen und Bombardierung von Wohnvierteln missfällt. Sie können zugleich die ihnen unliebsamen Veranstaltungen auch nicht aus eigener Kraft verhindern, weil sie zu wenige sind und ihre Tätigkeit aus Online-Aktivismus im Home-Office besteht.

Die so gefühlte Ohnmacht führt nicht zu einer Korrektur des eigenen Weltbilds, sondern dahin, wo der „antideutsche“ Kompass stets wies: Heim in den Schoß der deutschen Staatsräson. Denn wer könnte einem besser gegen Kommunist:innen und Migrant:innen zur Seite stehen als der altgediente „sehr geehrte Herr Wegner als Bürgermeister von Berlin“ von der schon immer jedes Antisemitismus unverdächtigen CDU? Möge der christdemokratische Regent, wo der trainierte Mausfinger des Netanjahu-affinen Sozialarbeitsstudenten nicht mehr hinreicht, die schon immer gegen Antisemitismus einstehende deutsche Polizei entsenden, um den Kommunisten und Ausländern mal so richtig zu zeigen! Die „antideutschen Linken“ haben ihren Platz in der Geschichte wahrlich gefunden.

Der zionistische Aktivismus der „Sozialarbeitenden gegen Antisemitismus“ bildet dabei den Abschluss einer sich schon seit vielen Jahren abzeichnenden Entwicklung der Integration „antideutscher Linker“ in die deutsche Repressionsarchitektur gegen Linke und migrantische Communities. Der wildere Part dieser Sekte vermutet schon in der AfD die deutsche „Restvernunft“, der fadere gibt sich mit Appellen an den „sehr geehrten Herrn Wegner“ zufrieden.

Weitab davon, uns zu beklagen, können wir dieser Entwicklung etwas sehr Gutes abgewinnen. War es vor noch einem oder zwei Jahrzehnten in der Diffusität der hiesigen Linken eine reale Diskussion, ob man „Antideutsche“ noch irgendwie zur eigenen „Szene“ zählen und damit aushalten muss, hat sich wenigstens dieses Problem längst erledigt. „Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht“, wusste Mao einst zu sagen, denn das zeige, dass es einen klaren Trennungsstrich zwischen uns und dem Feind gibt. Und was könnte uns lieber sein als ein Trennungsstrich zu Genozid-Fans im Dauerdenunziantenmodus?

Die nun aufgrund der demütigen Bittgesuche an den „sehr geehrten Herrn Wegner“ aus dem Kiezraum verbannte Veranstaltung findet übrigens natürlich statt. Am **16.08.2024 um 19:30 Uhr im Versammlungsraum Mehringhöfe, Gneisenastr. 2a** werden wir über den kurdischen Befreiungskampf informieren – selbst wenn die „Sozialarbeitenden gegen Antisemitismus“ sich zu einer E-Mail an den „sehr geehrten Herrn Erdogan als Präsidenten der Türkei“ aufrufen sollten.

Bund der Kommunist:innen, August 2024

BDK
KOMMUNIST-INNEN.ORG